

GfM
S c h w e i z e r i s c h e
G e s e l l s c h a f t f ü r M a r k e t i n g
Z ü r i c h

Herr Bundesrat W. Ritschard
leidet an einer Viruserkrankung.
Dieser Vortrag wurde daher nicht
von ihm, sondern von
Herrn Dr. E. Kiener, Direktor
des Eidg. Amtes für Energie-
wirtschaft, gehalten.

Energiesituation
aus der Sicht des Staates

Bundesrat W. Ritschard

Vortrag anlässlich der GfM Tagung
am 26./27. April 1979
HOSTELLERIE GEROLDSWIL

"Energiesituation aus der Sicht des Staates" heisst der Titel meines Vortrages.

Dazu fallen einem bald halbe Enzyklopädien ein. Wir stehen in unserem Lande ja mitten in einer sehr engagierten Energiedebatte: Am 18. Februar wurde nach einem heftigen Abstimmungskampf die Atom-Initiative knapp verworfen. Am 20. Mai werden wir über das Atomgesetz abstimmen.

In diesen Tagen haben wir eine Energiekonzeption von 1800 Seiten den Parteien, Kantonen und Verbänden zur Vernehmlassung zugestellt.

Ueber alles hinaus ist nun am 28. März mit Harrisburg eine schwerwiegende Panne eingetreten, die uns zu einem grundsätzlichen Ueberdenken der Atom-Energiefrage zwingt. Dürfen wir überhaupt weitere solche Werke bauen und dürfen wir die bereits bestehenden weiter betreiben?

Auf meinem Tische schliesslich häufen sich die Energiereden zu Stapeln, und ich kann nur hoffen, dass es nie jemandem einfällt, sie auf Widersprüche hin zu analysieren. Irgend einem könnte das vielleicht schon noch Freude machen, denn das Höchste, was ein Schwachkopf finden kann, sind bekanntlich die Schwächen in einem andern Kopf.

Die Vergangenheit

Energie ist noch nicht sehr lange ein Thema für unseren Staat. Energie, das waren jahrzehntelang die Steckdose, die Gasleitung, der Benzin- und der Oeltank, der Kohlenhändler.

Wer dachte vor dem Winter 1973/74 daran, dass je einmal der "Tiger im Tank" Durst bekommen könnte.

Energie in jeder Form war problemlos und entsprechend wurde sie auch genutzt.

Heute ist diese Energie zum brisanten, politischen Thema geworden, über das wir heftige, emotionsgeladene Abstimmungskämpfe ausfechten.

Wir sind darüber hinaus so weit, dass uns internationale Organisationen ungenügende Energienoten austeilen und dabei erst noch recht haben. Und der Bundesrat muss sich diese

Strafpredigten einfach anhören, denn in der Energiepolitik hat er ausser der Kompetenz zu einem schlechten Gewissen fast keine.

Die Schweiz hat bis zur Energiekrise keine eigentliche Energiepolitik betrieben. Es gibt zwar einige, nicht unbedeutende Kompetenzen in unserer Bundesverfassung: Den Wasserwirtschaftsartikel, den Atomartikel, Bestimmungen über die Elektrizität und über die Pipelines.

Aber diese Kompetenzen kamen nicht in die Verfassung, um dem Bund eine Energiepolitik zu ermöglichen. Sie sollten einfach Probleme lösen helfen, die die Energiewirtschaft privatrechtlich selber nicht lösen konnte. Der Bund musste die Energieversorgung des ganzen Landes und der Wirtschaft möglich machen und er muss für die Sicherheit sorgen.

Das weitere war und ist Sache der Energieproduzenten und der Verteiler. Diese konkurrenzten sich heftig. Ueber den Markt vollzogen sich die vergangenen Entwicklungen fast unbemerkt und ohne nostalgische Sentimentalitäten.

Zuerst wurde das Holz von der Kohle verdrängt. Diese wurde anschliessend ohne Rücksicht auf entstandene Strukturen durch das Erdöl fast total aus dem Rennen geworfen.

Diese Aufwärts-Entwicklung, wenn auch eine weniger spektakuläre, verzeichnete das Gas, dessen Infrastruktur nach dem Uebergang zum Erdgas energisch ausgebaut wurde.

Der Energie-Markt spielte. Und der Konsument profitierte. Gemessen am Anstieg der gesamten Lebenskosten von 1950 bis zur Energiekrise im Winter 1973/74 sind die Energiekosten relativ um 2,3 Prozent pro Jahr gesunken. Vor allem dank dem billigen Erdöl.

Das Erdölproblem

Wohin führte uns aber dieser Markt?

(Ich spreche vor der Gesellschaft für Marketing!)

Unser Land ist heute mit seiner Energieversorgung zu 75 Prozent vom Erdöl abhängig geworden. Zusammen mit Japan und Dänemark finden wir uns an der Spitze mit dieser Abhängigkeit von einem Rohstoff, den wir selber nicht besitzen, den wir auch nicht erzeugen können, und von dem wir seit ein paar Jahren wissen, dass er nicht über Jahrzehnte hinaus unbegrenzt zur Verfügung stehen wird.

Ich will keine neuen Daten verkünden. Wegen der Endlichkeit der Erdöl-Vorräte blüht ohnehin der Weizen der Prognostiker. Der eine sieht schon recht bald den Boden. Andere verheissen "Peace for your Time". Es gibt hier die "Prognosen über die Prognosen".

Niemand kann sich hier festlegen. Prognosen sind zwar wichtig. Aber mit den Prognostikern spricht man immer am besten 5 oder 10 Jahre später.

Aber es sollte uns wirklich nichts darüber hinwegtäuschen, dass wir in einem Uebergang zum Nachöl-Zeitalter leben. Die Förderung von Rohöl kann zwar noch gesteigert werden. Man findet auch immer wieder neue Quellen. Aber noch stärker als die mögliche Förderung und als die Reserven steigt der Verbrauch. Vor allem auch in den Entwicklungsländern. Wir zehren vom Kapital. Wir werden noch weiter Oel haben, aber nicht mehr immer wie mehr Oel.

Mit weiteren Verknappungen rechnet die Internationale Energie-Agentur in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre, also in rund 10 Jahren.

Der Sekretär der arabischen Erdölexporteure hat kürzlich von der Erschöpfung der Oelvorräte in 20 - 25 Jahren gesprochen.

Darüber hinaus sollten wir bedenken, dass Erdöl nicht allein ein Brennstoff ist. Im Grunde genommen ist es eher sträflich, diesen Rohstoff weiterhin in Oelbrennern und Motoren mit viel zu kleinem Wirkungsgrad zu verpuffen. Erdöl ist Ausgangsmaterial für industrielle Produkte, vor allem für Plastik, aber auch für Medikamente und - nicht zuletzt - für Protein, das möglicherweise im Kampf gegen den Hunger in der Welt einmal eine wichtige Rolle spielen wird.

Aber wer denkt schon an solches, wenn er Erdöl sagt. Erdöl ist Benzin und Heizöl. Wir haben heute soviel Verstand, dass er bald zu nichts mehr zu gebrauchen ist.

Aber wir sollten den Hinweis verantwortungsbewusster Männer aus den Erdölstaaten, die uns vor einem weiteren bedenkenlosen Verbrauch warnen, ernst nehmen. Diese Staaten möchten mit Recht ihre eigene und die Zukunft ihrer Kinder sichern. Diese Zukunft ist aber nicht gesichert, wenn ihr Erdölreichtum verbrannt ist, bevor sie ihr Brot auf andere Weise zu verdienen imstande sind. Die Verarbeitung des Erdöls zu Produkten wäre für die Zukunft dieser Staaten viel wichtiger als die Dollarschwemme aus den heutigen Verkäufen. Geld hat wenig Wert für denjenigen, der mehr als genug davon hat. Deshalb sehen wohl auch einzelne Erdölstaaten immer noch ziemlich unbeschwert in die Zukunft. Aber der Bau von Luftschlössern ist natürlich auch billiger als ihr Unterhalt.

Erdöl wird, weil es knapper wird, ganz sicher immer teurer. Man kann von den extremen Ausschlägen ruhig absehen, wie sie jüngstens wegen der Irankrise entstanden sind. Die höchsten Spitzen beim Iranöl bauen sich schon wieder etwas ab. Langfristig wird sich aber die Kurve der ansteigenden Erdölpreise sicher nie mehr brechen. Im Gegenteil. Die mässigenden Staaten der OPEC geraten mit ihrer Haltung immer stärker unter Druck, wie sich bei der letzten Runde zeigte. Aber auch das macht uns kaum Eindruck. Wir können es - vorläufig - bezahlen. Da opfert mancher eher seine Augen als die Scheuklappen, mit denen er sie verdeckt.

Nach der Irankrise ist im Parlament wieder der Verdacht laut geworden, die multinationalen Oel-Gesellschaften würden in unserem Land über Gebühr an der Oelpreisschraube drehen. Die Gründung einer staatlichen Oel-Import- und Verkaufsgesellschaft ist gefordert worden.

Genauere Zahlen über den Umsatz der grossen Gesellschaften sind schwer erhältlich. Nach inoffiziellen Angaben entfallen auf die drei "Grossen" - BP, Shell und Esso - zusammen etwa 40 Prozent, auf Agip, Gulf, Elf, Texaco, Mobil und Total zusammen etwa 33 Prozent des Umsatzes an Oelproduktion. In den restlichen Viertel teilen sich etwas über 30, der Erdölvereinigung angeschlossene, sogenannte "freie" Importeure (darunter Migrol und Coop).

Nur etwa ein Drittel unseres Rohöl-Verbrauches wird in der Schweiz raffiniert. Der Rest kommt aus etwa 60 - 80 ausländischen Raffinerien.

Zur Hauptsache werden sogenannte "Restmengen" in Rotterdam eingekauft. Das tun vor allem die unabhängigen Importeure, die ein Preis-Monopol der "Grossen" in normalen Zeiten verhindern. Sobald aber der Markt gestört ist, wie beim zeitweisen Ausfall der iranischen Förderung, steigen die Preise auf diesem Rotterdamer Markt sprunghaft. Davon werden die kleineren Importeure, die nur gerade in der Schweiz tätig sind, stärker betroffen als internationale Gesellschaften mit eigenen Tankern und Raffinerien in verschiedenen Ländern. Es ist deshalb zu befürchten, dass gerade die "Grossen" von behördlich festgelegten Höchstpreisen in Notzeiten ganz besonders profitieren würden.

Die kleinen Importeure halten in normalen Zeiten die Preise etwas in Schach. Aber dafür müssen wir bei Störungen auf dem Weltmarkt dann auch rasch alle Ausschläge nach oben in Kauf nehmen.

Ich würde glauben, dass wir die extremsten Preisaufschläge eher mit Pufferlagern auffangen können sollten, auch wenn es jeweils wahrscheinlich sehr schwierig wäre, den Zeitpunkt zu bestimmen, in dem ihre Hähne zu öffnen wären.

Vorläufig versucht die Kartell-Kommission, Monopolpreise zu verhindern.

Für eine staatseigene Importfirma, die direkt Rohöl einkaufen und auf diese Weise die Preise kontrollieren könnte, ist unser Markt zu klein. Wir müssten mit einigen wenigen Oelstaaten handeln und uns ihren jeweiligen Diktaten fügen.

1978 kamen die Fertigprodukte, also Benzin und Heizöl, aus mehr als 15 Ländern, davon fast 31 % aus der Sowjetunion, 24 % aus Frankreich, 14 % aus Italien und 12 % aus Belgien und Luxemburg.

Das Rohöl kam 1978 aus 9 Staaten. Der grösste Lieferant mit 33 % Anteil waren die Emirate, 24 % kamen aus Lybien, 14 % aus Nigeria, 13 % aus dem Iran, 11 % aus Algerien. Knapp 6 % kamen aus Russland.

Diese Diversifikation bei den Herkunftsländern und die Vielzahl von verschiedenen Importeuren bewahren uns vor einer einseitigen und nicht zuletzt vor einer politischen

Abhängigkeit, aus der uns auch neutralitätspolitisch gelegentlich Probleme erwachsen könnten.

Die politische Seite unserer Erdölabhängigkeit muss uns aber ebenfalls ernst stimmen. Es ist sehr wohl möglich, dass wir da bald ziemlich unsanft wachgerüttelt werden könnten.

Möglicherweise haben die Skeptiker für einige Zeit noch recht, wenn sie die Revolution im Iran nicht zu ernst nehmen.

Revolutionen auf unserer Welt bestehen ja oft nur darin, dass einfach die Insassen der Regierungsgebäude und der Gefängnisse ihre Zimmer austauschen.

Der Umsturz im Iran könnte aber vielleicht doch etwas mehr gewesen sein als der Austausch von Gefängnis-Insassen. Nicht allein wegen den grauenhaften und verbalen Hinrichtungen, deren Zeugen wir immer noch sind.

Die Predigten des Herrn Khomeini lassen auch erwarten, dass die Umwälzung im Iran die Haltung der islamischen Staaten zum Westen nicht unberührt lassen wird. "Khomeini wird Nasser mit seiner Ausstrahlungskraft in den Schatten stellen", hat ein schweizerischer Berater aus Kuwait in der "Handelszeitung" geschrieben.

"Alles, was wir angepackt haben, ist zerstört. Unsere Bildung muss erneuert werden. Es ist die Bildung des Kolonialismus, sie muss umgekrempelt werden. Die Lehrer des Kolonialismus müssen gehen", sagte Khomeini. Man hat dort genug von der sogenannten westlichen "Industrie-Zivilisation".

Die Sehnsucht nach den "guten alten Zeiten" ist ja auch uns nicht fremd. Man kann deshalb gut verstehen, dass für einen gläubigen Mohamedaner Schleier und züchtige Frauen einerseits und westliche Industrie-Zivilisation andererseits sich nicht zusammenreimen wollen. Khomeini und andere seiner führenden Glaubensgenossen denken sicher nicht über den Koran nach. Für viele von ihnen kommt das Uebel vom Reichtum aus dem Oel.

Deshalb wurde auch die Produktion gedrosselt. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die neue iranische Philosophie auch auf andere Erdölstaaten ausbreitet und dass auch dort die Moschee wichtiger wird als das

Bankkonto im Westen. Das ist von uns aus gesehen schwer zu verstehen. Aber es sagt halt mancher, er verstehe die Welt nicht mehr, und dabei hat er sie gar nie verstanden.

Der "Fortschritt" ist ja sicher eine gute Sache, aber er hört eben nicht mehr auf.

Vielleicht würde es auch uns nicht schaden, wenn die geistigen Werte wieder etwas mehr geschätzt würden als die rein materiellen. Das Energieproblem wäre dann einfacher zu lösen.

Zunehmend wird Erdöl auch zur politischen Waffe. Israel erhält kein persisches Oel mehr. Die arabischen Emirate haben bereits nachgestossen. Sie wollen darüber hinaus die Lieferung von Erdöl an die Industrienationen von der Lösung des Palästina-Problems abhängig machen. Oel wird politisch. Wir sollten uns da keinen Täuschungen hingeben.

Wie reagiert der Westen auf diese politischen Entwicklungstendenzen in den Oelstaaten?

Zu Beginn dieses Jahres hat der sonst sehr besonnene Herr Yahmani am französischen Fernsehen gesagt: "Wenn man gegen die Oelkrise nichts unternimmt, werden sich die Menschen bald für die letzten Fässer Oel gegenseitig die Köpfe blutig schlagen."

Ich musste an diesen Ausspruch denken, als ich Ende Februar in der Zeitung las, dass zwei amerikanische Minister ziemlich kaltschnäuzig ausriefen: "dass die Erdölversorgung am persischen Golf für die Vereinigten Staaten lebenswichtig ist und dass man deshalb in diesem Gebiet die militärische Präsenz etablieren wolle."

Ich würde glauben - und wir sollten in unserer Energiepolitik davon ausgehen - dass beim Erdöl nicht nur wegen Persien eine neue Krise in der Luft liegt. In diesen Pipelines befinden sich offensichtlich Krisen.

Und jeder von uns sollte sich gelegentlich auszumalen versuchen, wie eine Schweiz, die in ihrer Energieversorgung zu 75 Prozent von diesem krisengeschwängerten Stoff abhängig ist, ohne oder auch nur mit paar Prozenten weniger von diesem Rohstoff aussehen würde.

Utopisten sehen natürlich auch hier nur das Paradies. Aber der Realist muss auch die Schlange sehen.

Der Ersatz von Erdöl ist - das sollten wir akzeptieren - zum zentralen Problem unserer Energieversorgung geworden. Und unser Denken dreht sich um die Frage: Wie kommen wir von dieser gefährlichen Einseitigkeit los?

Wird das wieder der Markt für uns besorgen? Werden die steigenden Erdölpreise selbständig dazu führen, dass wir umsteigen?

Das ist vielleicht möglich! Aber auf was steigen wir um?

Auf Atomstrom? Wieder auf Kohle, auf Gas oder auf Holz? Oder ist die unerschöpfliche Sonne unsere grosse Hoffnung?

Der Ersatz von Erdöl

Ein Zauberwort in der Energiepolitik heisst jetzt in der Tat: "Substitution". Man will möglichst viel Erdöl möglichst bald durch andere Energieträger ersetzen.

Die Kommission für eine Gesamt-Energie-Konzeption hat alle diese Möglichkeiten gründlich untersucht. Ich kann sie hier wegen der Zeit nur ganz summarisch aufzählen.

- Es gibt das Erdgas, das allerdings auch nicht unbegrenzt zur Verfügung steht.
- Es gibt die Kohle. Sogar auf lange Zeit hinaus genug. Aber bei der Kohle gibt es wegen der Umweltverschmutzung und der Wirtschaftlichkeit noch Probleme.
- Es gibt die Sonnen-Energie. Das ist langfristig sicher eine zukunftssträchtige Energie. Aber vorläufig produziert man mit der Sonne nur warmes Wasser und auch nur dann, wenn sie scheint.
Es gibt interessante Projekte und Ideen für Sonnenkraftwerke. Aber es gibt noch keine einzige Grossanlage auf der Welt, die kommerziell Elektrizität mit Hilfe der Sonne erzeugt. Wir sind im Rahmen der IEA an Forschungsprojekten beteiligt. Und selber wollen wir auch prüfen, wie und wo im Süden unseres Landes mit Hilfe von Forschungskrediten ein Sonnenkraftwerk erstellt werden könnte.
- Wir können - als weitere Ersatz-Energie - die letzten natürlichen Wasserläufe noch stauen und Strom machen.

Man könnte so zusätzlich etwa 3 1/2 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr gewinnen. (Also etwa die Hälfte von dem, was das KKW Gösgen produziert.) Aber wenn wir einmal auch noch alle Wasserläufe total ausgenützt haben, können wir dann die Schönheiten unseres Landes bald nur noch in alten Büchern bewundern.

- Es gibt als weitere natürliche Energiequelle das Holz.
- Das Biogas, das aus Mist und Jauche hergestellt wird.

Wir müssen alles tun, um die Nutzung solcher natürlicher Energieträger zu fördern.

Aber mit ihnen allein lässt sich das Heizöl bei weitem nicht ersetzen, von dem wir etwa 6 Mio. Tonnen im Jahr verbrennen.

Das Umweltproblem

Ich glaube, dass wir uns vorerst - wie das Herr Weber morgen tun wird - fragen müssen, ob wir nicht zu viel und zu sorglos Energie verbrauchen.

Jede Herstellung und auch jeder Verbrauch von Energie belastet unsere Umwelt. Nicht allein mit Schadstoffen und Abfällen, sondern vor allem auch mit Abwärme. Sie könnte langfristig unsere ökologischen Umweltbedingungen in einschneidender Weise verändern. Auch das wird Ihnen morgen Franz Weber wahrscheinlich viel eindrücklicher vor Augen führen, als ich es zu tun vermag.

Null-Wachstum?

Im Gegensatz zu ihm habe ich allerdings Mühe, an ein Nullwachstum der Wirtschaft zu glauben, das wir über eine Drosselung des Energieverbrauchs erzwingen sollten.

Nullwachstum hört sich an wie ein Schlagwort. Es gibt zwar Bürger, die ehrlich daran glauben. Aber in der Politik wird eben gelegentlich auch Unfruchtbares trüchtig. Ich halte Wachstum nicht etwa für Selbstzweck. Wir können uns ganz sicher nicht mehr nach einem Wachstum ausrichten, ohne zu fragen, wie es zustande kommt. Wachstum, das mehr Werte zerstört, als es schafft, ist sinnlos.

Wachstum ist ohne Zweifel nicht ein quantitatives Problem, sondern ein qualitatives. Man muss fragen, ob Wachstum - sich selber überlassen - nicht dazu tendiere, viele Probleme neu zu schaffen, die dann nur wieder über noch mehr Wachstum gelöst werden müssen. Man muss sich fragen, was denn eigentlich wachsen soll, wenn nicht Ressourcen erschöpft, Umwelt zerstört, Gesundheit ruiniert, Freiheit eingeschränkt werden soll.

Wir müssen auf alle Fälle darauf hinarbeiten, Wachstum und Energiebedarf zu entkoppeln. Mit andern Worten: Wir müssen uns einem Wachstum zuwenden, das nicht auf un- eingeschränkt verfügbarer Energie aufbaut.

Energiesparen

Es gibt zwei Dinge, die wir so rasch als möglich lernen müssen. Wir müssen:

1. Energie sparen.
2. Die produzierte Energie besser nutzen.

Ich kann hier nicht einen Katalog vorlesen, wo und wie man Energie spart. Er füllt im Buch über die Energie-Konzeption mehr als ein Dutzend Seiten.

Etwa 2/3 der Energie verbraucht der Schweizer mit der Heizung, dem Kochen, mit dem Auto, also im Individualbereich.

Es wäre schwer, hier für das Sparen Energienormen zu finden, die den einzelnen persönlichen Verhältnissen einigermaßen gerecht würden und solche Normen dann auch durchzusetzen. Kein Gesetz kann den Menschen gegen seinen Willen ändern.

Im Energiebereich hilft Gesetzgebung erst, wenn sich auch die menschlichen Wertvorstellungen entsprechend geändert haben. Das ist eine Erziehungsaufgabe. Sie braucht Geduld. Nicht einmal der Bundesrat kann der Zukunft befehlen, wie sie auszusehen hat.

Man könnte natürlich Raumtemperaturen vorschreiben. Man könnte auch vorschreiben, wieviel elektrisches Licht jeder zu gut hat, und wann er sein Auto brauchen darf.

Eine ganze Flut von Paragraphen wäre hier denkbar. Aber in keinem Staat erhöht sich die Lebensqualität mit der Zahl der Gesetze, die er produziert.

Man kann den Menschen nicht vom Staat aus total verwalten.

Ein Hund, der mit einer Kette an seine Hütte angebunden ist, fühlt sich nicht unbedingt mit dieser Hütte verbunden.

Aber man kann Energie sparen. Viel sogar. Aber die Sparmassnahmen müssen objektivierbar sein.

- Man wird sicher vorschreiben müssen, dass die Häuser besser isoliert werden müssen.
- Oelfeuerungskontrollen sind heute schon in vielen Kantonen und Gemeinden obligatorisch.
- Fernheizungen und die Wärme-Kraft-Kopplung wären energiesparend.
- Im Verkehr lässt sich Vieles machen. Die pressanten Amerikaner mit ihren viel grössern Distanzen und auch viel stärkern Autos akzeptieren und respektieren auf ihren Autobahnen eine Höchstgeschwindigkeit von 88 km. Warum in aller Welt müssen wir bei uns 130 km zulassen? Es wäre darüber hinaus nicht nur für die Schuhmacher und für die Herzkranzgefässe gut, wenn man wieder mehr gehen und die öffentlichen Verkehrsmittel benützen würde, die viel weniger Energie verzehren.

In der Industrie und im Gewerbe ist schon einiges vorgekehrt worden. Aber es gibt ohne Zweifel viele Produktionsabläufe, die noch nie auf ihren Energieverbrauch hin untersucht worden sind.

Vielleicht wird man sich mehr und mehr auch fragen müssen, ob alles, was wir produzieren und dafür Energie brauchen, vernünftig ist.

Wenn ich alle die Gütterli und Tuben und das andere Zeug sehe, das in Badezimmern für Frauen herumsteht, denke ich immer, dass es an sich schon richtig ist, wenn man Farbe bekennt. Aber es müsste ja nicht jeden Tag eine andere sein.

Aehnliches wäre vermutlich auch von den Pillen zu sagen, die in den Spitälern und auch sonst jeden Tag verschluckt werden. Aber eben: Die Aerzte und die chemische Industrie leben davon, dass es zwar tausend Krankheiten gibt, aber nur eine Gesundheit.

Ganz wichtig wird in der Energiewirtschaft auch die systematische und konsequente Nutzung jeder Form von Abwärme werden. Abwärme ist eine bereits erzeugte, aber eine ungenutzte Energie. Mit Hilfe von Wärmepumpen und auch andern Techniken liesse sich hier sehr viel Energie sparen.

Von einer Gruppe von Ingenieuren und Firmen ist das sogenannte "Plenar-Konzept" entwickelt worden. Es will jede Form von Abwärme in Betrieben und Wohnhäusern bis zu jener des gebrauchten Badwassers wieder verwenden. Damit - so haben die Plenar-Leute berechnet, liessen sich etwa 4 - 5,5 Mio der 6 Mio Tonnen Heizöl einsparen, die wir heute verbrauchen. Das Projekt wird jetzt mit Hilfe von Forschungsgeldern für ein bestimmtes Gebiet im Detail ausgearbeitet.

Natürlich sind Fernwärmenetze aufwendig. Die fossilen Brennstoffe werden aber eines Tages nicht mehr verfügbar sein und ohne Heizungen und Warmwasser können wir in unseren Breitengraden nicht leben. Man müsste deshalb auch im Blick auf die Kosten davon ausgehen, dass jetzt immer die beste Zeit ist.

Ich glaube einfach, dass wir alle eine ganz neue Einstellung zur Energie nötig haben. Mehr Bewusstsein und Respekt. Auch mehr Verantwortungsgefühl. Nur aus dieser ganz andern Einstellung heraus werden wir auch jene Massnahmen durchführen und durchsetzen können, die sich heute im Blick auf die langfristigen Perspektiven gebieterisch aufdrängen.

Atom-Kraftwerke

Ganz sicher wäre es völlig falsch, wenn wir uns einfach auf den Ersatz von Erdöl durch andere Energieträger verlassen wollten, und wenn wir darüber hinaus auch noch davon träumen würden, dass sich dieser Ersatz selbständig über den Markt vollzieht. Wer seine Träume verwirklichen will, muss wach bleiben.

Sicher werden Gas- und Kohle wirtschaftlicher, wenn die Oelpreise steigen.

Auch der elektrische Strom wird im Preis günstiger werden als Erdöl. Aber neue Elektrizität kommt fast nur noch aus Atomkraftwerken, und solche können wir in unserem Land sicher nicht in unbeschränkter Zahl bauen.

Das Volk hat zwar die Atom-Initiative verworfen. Aber das Abstimmungsresultat zeigt deutlich, dass der Widerstand unseres Volkes gegen neue solche Werke gross ist. Und keine Demokratie kann auf die Dauer an starken Minderheiten einfach vorbeiregieren. Das führt zu unerträglichen Spannungen und zu Schlimmerem.

Harrisburg zwingt uns nun zu einem ganz grundsätzlichen Ueberdenken der Atompolitik. Die Ueberprüfung der Sicherheitseinrichtungen in unsern Werken ist sofort nach dem Unfall in den USA eingeleitet worden. Sie haben für unsere Sicherheitsbehörde dringliche Priorität. Wir müssen in Kauf nehmen, dass Werke nötigenfalls zeitweise stillgelegt werden müssen, und dass Bewilligungen, auf die man in Gösgen und Leibstadt wartet, nicht oder später kommen.

Das bestehende Gesetz zwingt uns ferner, die Philosophie, die den Standortbewilligungen für die Atomwerke zugrunde lag, neu zu überdenken. Auch diese Ueberprüfung ist angeordnet. Sie muss den Erfahrungen von Harrisburg Rechnung tragen.

Es stand nie zur Diskussion, dass die Sicherheit der Atomkraftwerke bei uns absolut über allen wirtschaftlichen Ueberlegungen zu stehen hat, und ich denke, dass nicht nur Volk und Behörden, sondern auch die Kernkraftwerkbetreiber selber, nach diesem Unfall in Amerika in diesem Willen zusätzlich gestärkt worden sind.

Die Frage ist berechtigt, ob eine Technik zulässig ist, die durch menschliches Versagen durch eine Katastrophe so viele Menschen vernichten kann, wie es durch ein Atomkraftwerk möglich wäre.

Ein einfacher, plötzlicher Verzicht auf Atomstrom, wie das gefordert worden ist, ist nicht möglich. Die drei Atomkraftwerke in Mühleberg und Beznau liefern heute einen Fünftel des Stromes, den wir in der Schweiz verbrauchen. Jeder Atom-Gegner müsste sich ausmalen, wo und wie er 20 % seines heutigen Stromverbrauches einsparen will. Wir müssten unsere Lebensgewohnheiten ganz gründlich ändern.

Selbst in den vergangenen Jahren, bei stagnierender Bevölkerung und zeitweise rückläufiger Konjunktur ist der Elektrizitätsverbrauch weiterhin angestiegen.

Im Jahre 1978 nahm der Stromverbrauch um 3,4 % zu. Am grössten ist der Anstieg in der Gruppe Haushalte, Gewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen mit 5,4 %. Daran sind vielleicht auch die Industrie und die Marketing-Menschen etwas beteiligt, die uns immer wieder mit neuen Elektrogeräten beglücken. Ich würde zwar keinem Haushalt zumuten, auf Maschinen zu verzichten, die bei mir zu Hause selbstverständlich sind. Aber es wird doch auf diesem Gebiet auch manches hergestellt und vermarktet, das eher als Spielerei anmutet und das wenig zur Erhöhung der Lebensqualität beiträgt. Auch hier steckt nicht gerade in jeder Wolke ein Blitz.

Viele Bürger glauben der Verzicht auf Reklame- und andere übermässige Beleuchtungen würde das Problem lösen. Diese Annahme ist verständlich. Licht ist der sichtbarste Ausdruck von Energie-Verschwendung.

Aber alles Licht zusammen beansprucht etwa 8 Prozent der Elektrizität. Davon entfällt rund ein Prozent auf die öffentliche Beleuchtung. Dazu brauchen wir das Licht vorwiegend in der Nacht, wo ohnehin Stromüberschüsse bestehen.

Das Atomgesetz

Wir werden am 20. Mai über ein revidiertes Atomgesetz abstimmen, das den Bau von weiteren Atomkraftwerken einem sehr einschneidenden Bedürfnisnachweis unterwirft.

Es wird hier eine Investitionskontrolle eingeführt, wie sie auf keinem andern Gebiet besteht. Höchstens noch für Wirtschaftshäuser und für Zweiliterverkaufsstellen.

Es ist verständlich, dass die beiden Werke Kaiseraugst und Graben, die in den früheren 70er Jahren rechtmässig vom Bund eine Standortbewilligung erhalten haben, und die - in der Hoffnung, die Baubewilligung werde folgen, - bereits hunderte von Millionen Franken investiert haben, nun erwarten, für ihre Werke sei der Bedürfnisnachweis erbracht.

Nach den wichtigsten Varianten der Gesamt-Energiekonzeption wäre das auch der Fall. Aber der im neuen Atomgesetz umschriebene Inland-Bedarf lässt auch etwas differenziertere Auffassungen zu. Der Bundesrat hat das in der Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses im März festgehalten.

Es sind beim Vollzug dieses neuen Atom-Gesetzes nicht nur wirtschaftliche, sondern eben auch politische Fragen zu entscheiden, die dem Willen des Volkes, wie er am 18. Februar zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung tragen. Ich habe vor dieser Abstimmung in vielen Vorträgen und am Fernsehen versprochen, dass wir nicht so viele Atomkraftwerke "wie nötig", sondern "so wenige wie möglich" bauen wollen. Man darf davon ausgehen, dass der einprozentige Unterschied zwischen den Ja- und den Neinstimmen zu dieser Volks-Initiative wenigstens zum Teil diesem Versprechen des Energieministers zuzuschreiben ist. Wir können nun nicht dieses Vertrauen dadurch enttäuschen, dass wir für den Bau von neuen Atomwerken einfach grünes Licht geben oder auch noch dieses beseitigen.

Es ist z.B. nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage, wieviel Versorgungssicherheit und Ueberkapazitäten wir uns mit Atomkraftwerken leisten wollen. Und es ist auch weitgehend politisch zu beurteilen, wie weit wir den Ersatz von Erdöl durch hochwertige Elektrizität zulassen sollen.

Das letzte Wort wird zu neuen Atomkraftwerken in Zukunft das Parlament haben, und man kann erwarten, dass es sich diese Entscheidungen nicht leicht machen wird.

Das Parlament wird zudem seine Beschlüsse über den Bau von neuen A-Werken nicht im Elfenbeinturm fassen. Wenn es in dieser Frage vom Volk verstanden werden will, müssen schon seine vorberatenden Kommissionen im Glashaus, vor den Augen des Volkes tagen. Nur wenn die grosse Mehrheit der Bürger davon überzeugt werden kann, dass es ohne einzelne neue Werke nicht geht, kann man sie auch bauen. Daran ändern auch bereitsgetätigte, grosse Vor-Investitionen nichts. Baustellen unter Polizeischutz und hinter Stacheldraht sind für einen demokratischen Staat undenkbar.

In der Energiepolitik wehen gegenwärtig - man kann das beklagen - raue Winde. Aber wir standen eben auch viel zu lange und zu sorglos im Windschatten, und ein voller Magen war noch nie eine Entschuldigung für einen leeren Kopf.

Die Rolle des Staates

Sie fragen mich nach der zukünftigen Rolle des Staates in der Energiewirtschaft. Meine Antwort darauf haben Sie teilweise erhalten. Die idyllischen Zeiten, wo der schweizerische Energieminister Kilowattstunden zählte und die Jahresberichte der Erdölfirmen las, sind wahrscheinlich für immer vorbei.

Wir haben eine Energiekonzeption ausarbeiten lassen. Es ist eine sehr umfassende, wertvolle und ausserordentlich aufschlussreiche Arbeit. Sie zeigt verschiedene Wege in die energiepolitische Zukunft unseres Landes. Wir können wählen.

Aber mit dieser Wahl ist nichts getan. Der Weg sollte ja irgendwohin führen, und wir stehen vor der Frage: Wie kommt das Ziel zum Ziel?

Ein Energieartikel

Der Bund kann in der Energiepolitik nur aktiv werden, wenn er dazu in der Bundesverfassung beauftragt und ermächtigt wird. Die Energiekonzeption bildet die Grundlage für die Antwort auf die wichtige Frage, ob der Bund überhaupt solche Kompetenzen erhalten soll. Und wie weit sollen diese Kompetenzen gehen?

- Sollen auf einzelnen Energien Abgaben erhoben werden dürfen, um andere fördern zu können?
- Soll der Bund Energie-Sparmassnahmen mit Subventionen anregen und die Erforschung von Alternativ-Energie kräftig vorantreiben können?
- Soll er Lenkungssteuern erheben können, damit die Strukturänderungen rascher vorangehen?
- Wie weit soll man mit solchen Lenkungsmaßnahmen gehen können? Wo will man bremsen, wo fördern?

Ich stelle hier diese Fragen nur vorläufig. Wir warten auf die Antworten zu der Vernehmlassung zur Energiekonzeption und zu einem Energieartikel, die in diesem Jahr durchgeführt wird. Der Auswertung dieser Antworten werden die Beratungen über unsere künftige Energiepolitik und besonders über einen Verfassungsartikel im Bundesrat, später im Parlament folgen. Und das letzte Wort werden auch hier Volk und Stände haben.

Aber auch diese Abstimmung wird noch kein Schlusspunkt sein. Verfassungsartikel sind abstrakte Grundsätze.

Sie bewirken nichts und bleiben tote Buchstaben, bis ihnen Gesetze Leben eingehaucht haben. Aber auch für Gesetze - wir sehen es beim Atomgesetz - kann sich das Volk durch das Referendum den letzten Entscheid vorbehalten.

Der Weg zu handfesten energiepolitischen Massnahmen ist also noch lang. Der Schweizer steht zwar früh auf, aber er erwacht etwas spät. Wir sind wie die meisten andern Staaten erst nach der Energiekrise im Winter 1973/74 erwacht. Aber wir können nicht wie andere Länder einfach über das Parlament Beschlüsse fassen und Massnahmen treffen.

Schluss jetzt mit "Lippenbekenntnissen" hat kürzlich eine Wirtschaftszeitung im Titel gefordert.

Wir kennen zwar das Institut des Notrechtes, nach dem für Eingriffe in der Energiewirtschaft in den letzten Jahren immer wieder gerufen worden ist. Aber Notrecht ist in einer Demokratie, wie wir sie verstehen, das letzte Mittel. Um nach ihm zu greifen, muss eine Notlage bestehen. Eine solche ist aber zur Zeit schwer zu beweisen. Das Oel wird zwar teurer, aber es fließt. Elektrizität exportieren wir zum Teil sogar im Winter. Es gibt also keine Versorgungsengpässe und deshalb auch keine Gründe für Not-Verordnungen. Damit spielt man in der Demokratie nicht. Unsere Verfassung ist kein Spielplatz für Tages-Opportunitäten.

Die Langsamkeit unserer Demokratie mag Ungeduldigen gelegentlich an den Nerven sägen. Aber die Bedächtigkeit unseres Instanzenzuges hat uns auf der andern Seite auch schon daran gehindert, Dummheiten zu machen. (Ganz vor allen Dummheiten hat uns selbst unser System allerdings auch nicht bewahrt. Wir finden immer wieder neue Möglichkeiten.)

Ich muss übrigens eine Einschränkung wegen dem Notrecht machen: Wenn uns das Ereignis von Harrisburg die auch nur zeitweise Stilllegung von Atomkraftwerken aufzwingt, kommen wir ohne Notmassnahmen nicht aus. Wir müssten dann sofort die Elektrizität rationieren. Und darüber hinaus kann uns möglicherweise auch die Entwicklung der Erdölpolitik zwingen, über Notrecht rascher auf andere Energieträger umzustellen. Es scheint in der Energie-Wirtschaft gegenwärtig alles drin zu liegen, und wir können froh sein, dass uns die Energiekonzeption den Weg für verschiedene Optionen aufzeigt.

Schluss

Man kann es - damit möchte ich zum Schluss kommen - bedauern, dass die Energiefrage vom rein wirtschaftlichen Problem zum derart brisant politischen Problem geworden ist.

Aber es hängt eben mehr dran als die Energieversorgung selber. Es geht auch um Wachstum, um Beschäftigungspolitik, um Umweltschutz, um neue Technologien.

Die Entscheidungen über solche Problemkomplexe sind ohne kontroverse Standpunkte nicht mehr denkbar.

Energie ist nicht eine Ware, mit der sich der Marketing-Fachmann beschäftigen kann. Es geht hier nicht um Umsatz- oder Gewinn-Optimierungen. Im Gegenteil. Wie weniger wir brauchen, desto besser.

Ich kann als Energieminister nur immer wieder dazu aufrufen, doch die Energie-Debatte ohne Vorurteile, ohne Selbstgerechtigkeit und ohne Anspruch auf den alleinigen Besitz der absoluten Wahrheit zu führen.

Es gibt hier keine weltanschauliche Ausschliesslichkeit. Wir haben nicht immer nur die Wahl zwischen der Nostalgie und der Flucht nach vorn.

Und - ich will das auch sagen - trotz den oft extremen Standpunkten wollen wir uns nicht darüber beklagen, dass sich mündige Bürger in der Energiefrage engagieren. Nicht jeder Demonstrant gegen A-Werke ist ein schlechter Bürger.

In der Demokratie brauchen wir das Engagement. Ich setze nur meine Fragezeichen zur ziemlich beliebten Mentalität, andere verzichten zu lassen und das eigene einfache Leben mit Wasserspülung zu geniessen.

Wir müssen hier wie überall die richtigen Wege gemeinsam suchen. Ich bin jedem dankbar, der sich an dieser Suche nach dem richtigen Weg beteiligt.

Aber ich sage "Suche". Gefährlich sind nämlich nie die, die nach der Wahrheit suchen.

Gefährlich dagegen sind jene, die glauben, sie hätten sie gefunden.

